Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 33 — Olpe, Freitag, den 8. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Eine neue internationale Konferenz in Sicht.

Die englische Regierung plant eine neue internationale Konferenz zu berufen. Sie soll in ihrer Konstruktion etwa derjenigen von Genua gleichen, indessen sollen die zu behandelnden Fragen grundsätzlich ganz anders gestaltet werden, als das damals der Fall war. Bei der Genuäser Konferenz durfte die Reparationsfrage bekanntlich nicht behandelt werden. Eine neue Konferenz hätte aber nur dann Zweck, wenn sie **ausschließlich** dieser Frage gewidmet würde. Der gegenwärtige englische Ministerpräsident Macdonald hat die Kabinette der alliierten Mächte davon verständigt, daß er nach Fertigstellung der Berichte der Sachverständigenausschüsse eine alsbaldige Klärung der schwebenden Fragen in der Reparationskommission herbei zu führen wünschen, und daß dann die Abhaltung einer internationalen Konferenz von ihm vorgeschlagen würde. Diese Konferenz soll alle Reparationsfragen behandeln, aber auch sich mit der Frage der internationalen Schulden und der Sicherungen für Frankreich beschäftigen. Das Hauptziel einer derartigen Konferenz müsse aber sein, eine dauernde Regelung zu schaffen, damit die augenblicklich in der internationalen Politik beruhenden Konfliktstoffe ausgeschieden werden, zu diesem Zweck sei es aber auch **nötig, daß diejenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die undurchführbar und unerfüllbar seien, zu erwidern.**

Vor der Abgabe der Regierungserklärung Macdonalds.

WTB **London**, 8. Febr. (Drahtb.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, der **Premierminister** werde in der nächsten Woche dem Unterhaus das **Regierungsprogramm über die Stellung der Politik unterbreiten.** Eine zweitägige Debatte werde folgen. Lord Birkenhead beabsichtigt, den Lordkanzler am **Dienstag im Oberhaus** zu fragen, ob er bereit sei, seine **Erklärung über die Regierungspolitik abzugeben.**

Vor der Lösung der Pfalzfrage.

WTB **Paris**, 7. Febr. Petit Parisien bestätigt die Meldung, daß das Foreign Office in der Frage der Wiederherstellung einer gesetzlichen Ordnung in der Pfalz einen status quo ante verlangt. Die französische Regierung ihrerseits habe bereits die Rückkehr der von den Separatisten ausgewiesenen Beamten zugelassen, aber sie widerletze sich der Wiederzulassung der Beamten, die durch die Rheinlandskommission ausgewiesen worden seien. London und Paris seien also nicht mehr weit von einer Einigung über diese Frage. Es sei also die Hoffnung gestattet, daß diese Verständigung der Vorbote sei für ein weitergehendes Abkommen über die großen Probleme, die in der letzten Zeit die so bedauernswerten Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris geschaffen hätten.

Keine baldige Zusammenkunft zwischen Macdonald und Poincare.

WTB **Paris**, 7. Febr. Petit Parisien schreibt offiziös, wenn man in London und Paris von einer nahen Zusammenkunft zwischen Macdonald und Poincare gesprochen habe, so gehe man ein wenig über die Möglichkeiten des Augenblicks hinaus, denn beide Ministerpräsidenten könnten keinen Vorteil aus einer Zusammenkunft ziehen, die zu einer Zeit stattfinde, wo noch die Sachverständigenausschüsse in Deutschland ihre Arbeiten fortsetzten. Andererseits werde eine solche Zusammenkunft in französischen diplomatischen Kreisen lebhaft gewünscht, denn es würde wahrhaft bedauernswert sein, wenn die Beziehungen zwischen den beiden Ministerpräsidenten, die sehr herzlich durch den Briefwechsel eingeleitet worden seien, nicht eine Entwicklung nehmen, die man danach erwarten könne. Auf jeden Fall könne Macdonald, wenn seine Absicht, nach Paris zu kommen, um sich persönlich mit Poincare auszusprechen, verwirklicht sicher sein, am Quai d'Orsay eine Aufnahme zu finden. Die Wichtigkeit u. Notwendigkeit einer freien Aussprache zwischen den beiden Ministerpräsidenten über alle Probleme, deren Ratifikation immer dringlicher werden, werde allgemein anerkannt. Inzwischen werde die diplomatische Tätigkeit zwischen den beiden Regierungsstellen aktiv fortgesetzt.

Der Abbau der Separatisten.

WTB **Heidelberg**, 7. Febr. **Der separatistische Bezirkskommissar von Kirchheim-Bolanden**, Jakob Steitz, hat der rechtmäßigen pfälzischen Kreisregierung, die sich zurzeit in Heidelberg befindet, seinen **Rücktritt** mitgeteilt. Er erklärte in dem Schreiben, er habe das separatistische Amt nur auf Drängen von verschiedenen Bekannten übernommen und seinen **unüberlegten Schritt**, der von sehr großer Tragweite war, **nur zu spät erkannt. General de Metz hat dem separatistischen sogenannten Stadtrat von Pirmasens** befohlen, einen Beschluß zu fassen, daß die **Verbliebenen** oder in der **Ausübung ihres Dienstes behinderten Beamten sofort zurückzukehren und ihren Dienst wieder aufzunehmen haben.**

Wilson der Schuldige an der Besetzung der deutschen Rheinlande.

Die Schuld Wilsons an der Besetzung deutschen Gebietes.

WTB **London**, 7. Febr. Unter der Ueberschrift: **„Wie Präsident Wilson für die Rheingrenze gewonnen wurde"**, schreibt Evening Standard, Wilsons Tod habe **Enthüllungen** gezeitigt, die nicht gut während seiner Lebenszeit gemacht werden konnten. Als Lloyd George seinerzeit sich wegen der bedenklichen parlamentarischen Lage nach London begab und nach kurzer Zeit wieder nach Paris zurückkehrte, habe er gefunden, daß **Wilson zum Standpunkt Clemenceaus bezüglich der Besetzung deutschen Gebiets, der sich Lloyd George widersetzt habe, umgestimmt** worden war. Erst gestern habe **Lloyd George** erfahren, daß **während seiner Abwesenheit eine Uebereinkunft zustandegekommen** worden war. Die deutliche Formulierung sei, daß die **Abwesenheit Lloyd Georges dazu benutzt worden war, um den schwankenden Wilson zu besiegen. Der seltsame Plan gelang, obwohl Wilson einer französischen Kontrolle im Saargebiet äußerst feindlich gegenübergestanden habe.**

Die Folgen des Nachgebens Wilsons.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 7. Febr.

Daily Herald schreibt zu den Enthüllungen Lord Georges, **Wilson habe durch sein Nachgeben und besonders durch die Zustimmung, die Pensionen in die von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen einzuschließen, einen vernünftigen Frieden verloren, den er so überzeugungsvoll aus Washington mitgeteilt habe.**

Die Londoner Presse zu Lloyd Georges Enthüllung.

WTB **London**, 7. Febr.

Den Hauptplatz in der heutigen Presse nimmt die vom Newyorker Herald veröffentlichte Mitteilung Lloyd Georges über den **Pakt zwischen Wilson und Clemenceau in Sachen der militärischen Besetzung der Rheinlande.** Daily Chronicle teilt mit, daß Lloyd Georges die Absicht habe, die gesamten Fragen in einem Artikel zu behandeln, der am übernächsten Samstag im Daily Chronicle erscheinen werde.

Das Saargebiet muß für Wilson halbmast flaggen.

WTB **Saarbrücken**, 7. Febr. Die **Regierungskommission** hat angeordnet, daß aus Anlaß des Todes des Präsidenten Wilson als des **Begründers des Völkerbundes, sämtliche öffentlichen Gebäude auf 48 Stunden Halbmast zu flaggen haben.**

*) Die **Regierungskommission** im Saargebiet hat allen Grund um Wilson zu trauern; denn ihm verdankt sie ja ihre Existenz und die Mitglieder der Regierungskommission verdanken ihm ihre doch recht einträglichen Pöstchen. Für die **Bevölkerung** des Saargebietes ist diese Regierungstrauer ein Schlag ins eigene Gesicht; da ja hier um den Mann getrauert wird, welcher der Bevölkerung das größte Leid mit angetan hat, der sich durch die gefälschten Zahlen des gerissenen Tardieus übertölpeln ließ und auf Grund dieses falschen Materials die Schaffung des Saargebietes wenn auch wiedermillig mitmachte, damit das Saargebiet von Deutschland losriß. So wurde Wilson mitschuldig an dem großen Weh, das hierdurch der Bevölkerung im Laufe der Jahre schon geschah.

Keine officielle deutsche Beileidskundgebung zum Tode Wilsons.

WTB **Berlin**, 7. Febr. Auf die Anfrage der deutschen Botschaft in Washington, ob das Beileid der deutschen Regierung anläßlich des Todes des früheren Präsidenten Wilson offiziell zum Ausdruck gebracht werden soll, hat die deutsche Regierung mitgeteilt, daß von einer **offiziellen Beileidskundgebung der deutschen Regierung abzusehen sei,** daß es aber dem deutschen Botschafter überlassen bleibe, ob und in welcher Form er persönlich sich an den dortigen nationalen Trauerfestlichkeiten beteiligen wolle.

Der Reichsernährungsminister und der Reichsbankpräsident zur Agrarkrise.

Der Reichsernährungsminister über die deutsche Agrarkrise.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Königsberg, 7. Febr. (Drahtb.) Auf der Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine Ostpreußens sprach heute Nachmittag der Reichsernährungsminister Graf von Kanitz über die Lage der deutschen Landwirtschaft. Er führte u. a. aus. Es sei eine Entspannung in den Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung eingetreten, zu gleicher Zeit aber auch eine schwere Krise der Landwirtschaft, die kein Dauerzustand bleiben dürfe, sondern nur eine Sanierungskrise sein müsse. Die deutsche Agrarkrise sei einerseits aus der guten Getreideernte in Deutschland und der Vergrößerung der Weltgetreideproduktion andererseits aber auch durch die gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung entstanden. Sie könne von der deutschen Landwirtschaft umso schwerer getragen werden infolge der schweren Lasten des Versailler Vertrages. Wenn am 1. Januar 1925 der Zustand der einseitigen Meistbegünstigung unserer Feinde aufhöre, so müßten wir **Handelsverträge** zur Schonung unserer heimischen Industrie und der Landwirtschaft abschließen. Der **Steuerdruck** sei unerträglich und zwinge die Landwirtschaft zu jedem Preise ihre Produkte zu verkaufen. Bei den jetzigen Getreidepreisen sei **das Brot zu teuer. Die Viehpreise seien für den** Erzeuger zu gering. **Die Frachtpreise** zu hoch. Es gäbe **zu viele Händler und Fleischer** der Fleischkonsum sei um die Hälfte zurückgegangen, die Anzahl der Händler gewachsen. Zum Schluß forderte der Reichsernährungsminister Großzügigkeit in der Bewilligung von Krediten für die Landwirtschaft, die von der Reichsbank direkt bis Ostern gegeben werden müßten.

Dr. Schacht über „Landwirtschaft und Währung.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Königsberg, 7. Febr. (Drahtb.) Heute Nachmittag sprach der Reichsbankpräsident Dr. Schacht vor über 1000 Landwirten hier über „Landwirtschaft und Währung." Eingangs seiner Ausführungen betonte er die schweren Schäden, welche die Landwirtschaft durch die Geldentwertung und die Inflation erlitten habe. Sie habe zuerst werbeständiges Geld geschaffen. Bei Schaffung der Rentenmark habe sich die geringe Kaufkraft der deutschen **Bevölkerung gezeigt,** die ungeheuer zurückgegangen sei. Das habe den Sturz der Roggenpreise mit veranlaßt. Dazu komme noch die ungeheure Steuerbelastung, die größer sei, als sie je ein Volk getragen habe. Die **Kreditnot** drücke die Landwirtschaft ungeheuer. Da durch die Inflation alle Kreditinstitute schwere Verluste erlitten habe und ihre Verwaltungen in Schwierigkeiten geraten seien, müsse man diese behoben durch Förderung der Spartätigkeit. Er betonte daß die Landwirtschaft direkt Kredite bekommen müßten und sagte Prüfung **aller Kreditgesuche** an der **Zentralstelle in Berlin** zu. Nach Vorschlägen über eine **Reform der Genossenschaften** betonte er, daß der **deutsche Ernteertrag infolge der Bestimmungen des Versailler Vertrages um 20 Prozent zurückgegangen sei.**

Der separatistische Skandal.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Pirmasens, 7. Febr. (Drahtb.)

Durch bereits gemeldete Entwaffnung und Verhaftung der Polizeibeamten herrschen hier **skandalöse Zustände,** die auch die **Unterstützung der französischen Delegierten,** besonders durch den Leutnant Kast, der den gerade in den letzten Tagen abwesenden französischen Bezirksdelegierten vertritt, finden. Ueber

die Plünderungen

in Pirmasens wird noch folgendes berichtet: Der Fabrikant W. Becholz ist geflüchtet. Seine Wohnung **wurde von den Separatisten ausgeräubert.** In der **Fabrik von Morgenthaler** wurde der Betrieb von den Separatisten **still gelegt und sämtliches Material geraubt.** Auch die **Firma Dollar ist gänzlich ausgeraubt.** Auf dem städtischen Milchversorgungsamt wurden von den Separatisten 21 **Kisten Milch weggestohlen** und in der Nacht darauf ein **weiterer großer Diebstahl** verübt. Auch **beschlagnahmten die Separatisten den großen städtischen** Holzplatz und verteilten die dort lagernden Vorräte.

Das Begräbnis des von den Separatisten Ermordeten.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Speyer, 7. Febr. (Drahtb.)

Der Arbeiter Herbert, der von den Separatisten verhaftet und auf der Flucht erschossen worden ist, wurde **heute unter Beteiligung der gesamten Einwohnerschaft von Speyer zur letzten Ruhe bestattet. Die gesamte Arbeiterschaft** war an dem Begräbnis beteiligt. **Die Betriebe waren geschlossen.** Am Grabe hielt ein Arbeiter eine Ansprache, in der er hervorhob, daß die **gesamte Arbeiterschaft auch diesen Mord auf das schärfste verurteile und die gesamte Einwohnerschaft sich die Herrschaft der Separatisten nicht mehr länger gefallen lasse.** Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen, da sich die Separatisten von den Straßen fernhielten.

Ein Antrag der deutschen Mietervereine auf Volksbegehren.

Berlin, 7. Febr. (Privatmeldung.) Der Bund deutscher Mietervereine hat den Antrag auf Volksbegehren für drei Gesetzentwürfe beim Reichsminister des Innern eingereicht. Die drei Gesetzentwürfe sollen die Wohn- und Bodenwirtschaft behandeln unter edm Kennwort: Gegen die Geldmiete, für die Wohnungsneubauten und keine Aufwertung.

Ausland.

Schleifung der belgischen Festungen.

() **Brüssel**, 7. Febr. Das belgische Kabinett beschloß gestern, die Forts der Festungen **Antwerpen, Lüttich und Namur** schleifen zu lassen.

Die österreichischen Staatsmänner in Bukarest.

WTB **Wien**, 6. Febr. Wie die amtliche Nachrichtenstelle aus Bukarest meldet, ist in dem Gedankenaustausch zwischen dem Bundeskanzler Dr. **Seipel** und dem Bundesminister **Grünberger** einerseits und den Ministern **Bratianu** und **Duca** andererseits festgestellt, daß die **Beziehungen Oesterreichs und Rumäniens die freundschaftlichsten seien.**

Ein Meistbegünstigungsabkommen.

Gelegentlich dieser Besprechungen wurde das **Abkommen** über **Meistbegünstigung** im Handelsverkehr unterfertigt, außerdem wurde der Text des **Auslieferungsvertrages** und der **Rechtshilfskonvention zwischen Oesterreich und Rumänien** paraphrasiert. Schließlich kamen die beiden Regierungen überein, so schnell wie möglich eine gemischte Kommission einzusetzen, um die verschiedenen zwischen den beiden Staaten schwebenden Fragen in freundschaftlichem Geiste der Lösung zuzuführen. Die geplante Konferenz soll binnen kurzem in Wien zusammentreten.

Eidesleistung des neuen griechischen Kabinetts.

WTB **Athen**, 7. Febr. Das unter dem Vorsitz von Kafandaris gebildete Kabinett hat heute vormittag den Eid geleistet. Vom Minister des Aeußeren, dem Finanzminister und dem Unterrichtsminister abgesehen, die erst nach einem Vertrauensvotum des Parlaments ernannt werden, gehören alle Minister des Kabinetts dem vorherigen Kabinett an. Kafandaris übernimmt provisorisch das Ministerium des Aeußeren. Wie die Zeitungen erklären, wird das Kabinett sich auf eine starke Mehrheit im Parlament stützen können.

Der russische Vertreter beim Völkerbund.

WTB **Genf**, 7. Febr. Die russische Regierung hat dem Völkerbundssekretariat mitgeteilt, daß sie die Einladung zur Sachverständigentagung des Unterausschusses des Völkerbundes zur Beschränkung der Flottenrüstungen am 14. Februar 1924 in Rom annehme und den Admiral Behrend entsende. Admiral Behrend gehörte auf der Lausanner Konferenz der russischen Abordnung als militärischer Sachverständiger an.

Schwere Krankheit des Präsidenten Taft.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 7. Febr. (Drahtbe.)

Nach einer Meldung aus Washington leidet der ehemalige Präsident Taft, der zur Zeit Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes ist, an einer schweren Magenkrankheit. Sein Zustand ist ernst.

Fortschritte der mexikanischen Bundestruppen

WTB **Mexiko**, 7. Febr. General Obregon meldet, daß die **Bundestruppen Cordoba eingenommen** haben. Gleichzeitig wird die **Räumung von Vera-Cruz durch die Aufständischen** gemeldet. Der Führer der Aufständischen, General Huerta, ist nach derselben Meldung geflüchtet.

Petroleum in Palästina.

WTB **London**, 8. Febr.

Nach einer Reutermeldung aus Jerusalem stieß die Standard Oil Company bei **Oberchebron auf Petroleum.**

Vorbildlich.

Ramsay Macdonald, der als Premierminister ein Gehalt von 10 000 Pfund Sterling bezieht, hat beschlossen, **auf die Hälfte dieses Betrages zu verzichten.** Seinerseits teilt **Lord Haldane**, der das Amt des Lordkanzlers versieht, mit, daß er von 10 000 Pfund, die ihm zustehen, sich mit nur **6000 Pfund begnügen** werde. Man rechnet damit, daß noch eine Reihe anderer Minister so weit es ihnen ihre Mittel erlauben, pekuniäre Opfer bringen werden.

Fritz Thyssen über die deutsch-französischen Beziehungen und die Reparationsfrage.

Die Pariser Zeitung das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview, das einer seiner Mitarbeiter, der bereits vor einiger Zeit ein Interview mit Stinnes hatte, mit Fritz Thyssen in Hamborn hatte.

Auf die Frage, welches seine Ansicht über die **Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen** und über die **Regelung der Reparationsfrage** seien, antwortete Thyssen, daß er in der **gegenwärtigen Politik keine Möglichkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit erblicken könne. Die Ruhrbesetzung,** die wir niemals anerkennen können, **wird uns immer trennen.** Wir müssen natürlich die Folgen des verlorenen Krieges tragen. Wir wollen natürlich die Reparationen zahlen, aber erst müssen wir die Mittel dazu haben. Die zwischen der **Micum** und der deutschen Industrie geschlossenen Verträge können, wie Ihnen bereits Hugo Stinnes gesagt hat, nicht auf die Dauer bestehen. Es ist paradox, daß die Schulden eines Staates Privaten auferlegt werden. Man habe den gegenwärtigen Weg der Lieferungen durch die Industrie beibehalten. Man will eine endgültige Regelung finden, aber man weiß nicht einmal, wer jetzt hier eigentlich regiert, Frankreich regiert, Belgien regiert, Berlin regiert, alle Welt kommandiert.

Weiter erklärte Thyssen: Ich bin **kein Politiker,** verstehe nichts von der Politik und will auch nichts davon wissen; aber ich behaupte, daß die gegenwärtige Politik nicht den industriellen Realitäten Rechnung trägt, die die Welt regieren. Was wir heute in Deutschland sehen, das ist, daß

das Kapital verschwunden

ist. Wenn Sie mit geschäftlichen Angelegenheiten zu tun hatten, so werden Sie feststellen können, welche Schwierigkeiten wir haben, um Geld zu bekommen. Diejenigen, die ihr Geld in Realwerten angelegt haben, können auch keine Käufer finden, wenn sie verkaufen wollen. Diejenigen, die ihre Papiermark behalten haben, sind vollständig ruiniert. Selbst wenn uns die Ruhr zurückgegeben würde, so wäre eine lange Zeit erforderlich, bis Deutschland sein Gleichgewicht und seinen Wohlstand wiedererhält.

Auf den Einwand des Journalisten, daß zahlreiche

Deutsche doch ihr Geld in fremden Devisen angelegt

hätten, die sie außerhalb des Landes untergebracht hatten, erwiderte Thyssen, daß das **eine Ueberkreibung** sei, und daß man eine große Enttäuschung erleben würde, wenn man die Mittel hätte, diese Guthaben nach Deutschland zurückzuführen. Gewiß, es gibt solche Leute in Deutschland. Aber ich bin sicher, daß es solche auch in Belgien, **Frankreich** und sogar in England gibt. Die Schwierigkeiten unserer gegenwärtigen Lage bestehen darin, daß uns die Mittel zum Zahlen fehlen, und es ist ein Unding, dauernd Zahlungen zu reklamieren und zu verlangen, die nicht geleistet werden können. Man muß sich also vor allem Geld verschaffen, und dazu gibt es nur ein Mittel:

Arbeiten und produzieren.

Man sagt, verschaffen Sie sich Kredite; aber sprechen wir nicht davon. Die deutschen Banken können keinen Kredit geben, weil sie nicht mehr genügend Depositengelder haben, und das Ausland hat kein Vertrauen zu uns, da unsere Lage zu ungewiß ist. Man gibt uns höchstens auf einen oder zwei Monate Kredit. Aber was soll man damit anfangen? Dabei strotzt Amerika von Reichtümern und es ist eine beruhigende und erheiternde Feststellung, daß sich die Geschichte in gewissen Intervallen wiederholt. Das römische Reich besaß in seiner Jugendzeit alles Gold, was existierte. Eine Epoche mußte kommen, wo die Römer ihr Gold zu niedrigen Preisen verkauften.

Je länger man

das Reparationsproblem

betrachtet, desto mehr kommt man zu dem Schluß, daß es sich darum handelt, ob man es von dem Gesichtspunkt den ich den politischen nenne, mit Vorstellungen, die 100 Jahre und mehr alt sind, lösen will, oder vom **wirtschaftlichen Gesichtspunkt** aus. **Das Zeitalter der militärischen Regierungen ist vorbei.** Wenn man heutzutage ein Volk mit den Mitteln einer vergangenen Epoche regieren kann, so bedeutet das keineswegs, daß eine solche Regierung die Notwendigkeiten der Gegenwart begreift, und noch, daß sie eine gute Politik treibt. Frankreich ist eine Siegernation, aber trotzdem entwertet sich sein Geld. Ueberlegen Sie einmal, ob dies nicht einerseits an seiner Politik liegt.

Der Mitarbeiter des Journal des Debats antwortete darauf, daß dies vor allem daran liege, daß Frankreich allein die Kosten der Reparationen zu tragen hat, die Deutschland nicht bezahlt. Das ist richtig, erwiderte Thyssen, aber das wäre nicht nötig gewesen, wenn man uns

die Möglichkeit zum Zahlen gelassen hätte.

Man kommt nicht darum, festzustellen, daß es in der Politik seit dem Waffenstillstand Widersprüche gibt, aus denen man nun nicht mehr herauskommt. Diese Widersprüche sind aber nicht nur in Deutschland und Frankreich festzustellen. Alle gegenwärtigen Schwierigkeiten des Reparationsproblems hängen mit diesen Widersprüchen zusammen. Wenn es sich um Summen von der Größe handelt, wie man sie von uns verlangt, so kann man sie nicht auf einen Wagen laden und dem Sieger übergeben. Die Reichtümer sind heute die Fabriken, die Hochöfen, die industriellen Anlagen usw. Deutschland ist nicht durch seinen Boden reich, sondern durch seine Arbeit.

Thyssen zieht daraus den Schluß, daß die Hauptfrage darin bestehe, daß

das deutsche Volk mehr als jemals arbeitet,

um sich von seinen Lasten zu befreien. Er sagt, es sei der ersten Fehler des republikanischen Regimes gewesen, daß es den Versailler Vertrag unterzeichnete, dessen Ausführung seitens Deutschlands eine erdrückende Arbeit voraussetzte, und nicht den Arbeitern zu sagen, daß die Arbeit eine gebieterischere nationale Pflicht denn je sei. Man hatte es vergessen, daß eine demokratische und sozialistische Regierung, die natürlich schwach war, zunächst einmal der Masse gefallen mußte, und daß hierzu notwendig war, dem Volk nicht allzu große Anstrengungen aufzuerlegen. Sie sagte Herr Thyssen weiter, Sie sind an die **Republik** gewöhnt. Im übrigen gleicht Ihre Republik nicht der unserigen. Die Demokratie bei uns bedeutet nichts. Sie flößt niemandem Vertrauen ein. Man will eine Regierung. Ich behaupte, daß zu der Regelung der Wiedergutmachungen eine Rechtsregierung besser gewesen wäre. Es ist wahnsinnig, daß eine derartige Regierung an Krieg gedacht haben würde. Sie wäre stark genug gewesen, und sie hätte viele Opfer allerseits zur Annahme gebracht, weil sie über das notwendige Ansehen verfügt und Vertrauen eingeflößt hätte.

(Die Privatansicht des Herrn Thyssen in allen Ehren. Man kann darüber auch anderer Meinung sein. Aber **wo waren die Herren von der Rechten,** in den kritischen Tagen und auch später, welche eine Regierung Deutschlands in die Hand genommen hätten. Die Herren der Rechten, welche sich 1918 und auch später sich in die Mauselöcher verkrochen und in das Ausland flüchteten, reden jetzt wieder die dicksten Töne. Wir bezweifeln auch, ob die Herren diesen Einfluß, von dem Thyssen redete, damals gehabt hätten. Wer die breiten Massen gekannt hat, denkt anders darüber und noch 1einhalb Jahre später redete der Ausgang des Kapputsches doch eine andere Sprache. Ueber das Vertrauen, das eine Rechtsregierung im Auslande gehabt hätte, kann man auch recht wohl anderer Ansicht sein. Ohne zu der Frage, ob die Unterzeichnung des Friedensvertrages das Richtige war, Stellung zu nehmen, dürfte es doch angebracht sein, zu erinnern daß in den Wandelhallen in Weimar in den kritischen Tagen die Herren der Rechten die anderen Parteien gebeten haben, den Friedensvertrag zu unterschreiben. Und es ist auch wohl angebracht daran zu erinnern, daß die **Deutschnationalen die Erfüllungspolitik Wirths** bei den letzten Kabinettsverhandlungen **ausdrücklich als einzig mögliche** gebilligt haben und Herr **Helfferich** auch in der Oeffentlichkeit dies vertreten hat. Dies nur zur Erinnerung und Feststellung. Die Redaktion.)

Am Schluß seines Interviews meint Thyssen, **die augenblickliche Lage sei eine Folge von Fehlern, die bis vor das Jahr 1914 zurückgehen.**

Er will sich nicht über die Kriegsschuldfrage äußern. Wer weiß, fragt er, wenn Bismarck in Deutschland und Jules Ferry bei Ihnen an der Macht geblieben wären, wie dann die Geschichte sich entwickelt hätte. Wir sind heute darüber einig, daß eine Regelung der Reparationen notwendig ist. In Deutschland sind wir dazu bereit, Abkommen zu schließen, die einen Ausstausch zwischen unseren Industrien sichern. Dies wäre ein erster Schritt. Ich glaube, daß man auch gewisse Staatseinnahmen für die Reparationen verwenden kann, aber es ist notwendig, daß die politische Auffassung sich ändert und daß man endlich die Bedeutung der wirtschaftlichen Tatsachen begreift. Wenn man den Streit weiter fortsetzt, dann ist Europa dem Niedergang geweiht. Thyssen stellt alsdann Europa der Entwickelung in Amerika gegenüber. Er sagte dann schließlich: Glauben Sie, daß dieser

Niedergang des alten Europas

etwas Gutes wäre? Bei uns wie auch bei Ihnen gibt es Schriftsteller und Denker, die diese Dinge beschäftigen. Ich erwarte, daß die Regierungen sie bemerken und verstehen. Ich sehe noch nicht die Zeichendafür, daß diese Zeit kommen wird. Ich wünsche jedoch, daß sie nicht auf sich warten läßt. Wenn sie nicht käme, dann läuft Europa Gefahr, der Versklavung zu verfallen.

Deutsches Reich.

Die Reform der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

WTB Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Der Rechtsausschuß des Reichstags nahm die Vorlage zur Reform in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in erster Lesung an. Der Reichsjustizminister erklärte u. a.: Ich habe die Ermächtigung der Reichsregierung, den Entwurf **dem Ermächtigungsausschuß vorzulegen.** Es ist selbstverständlich, daß ich, da ich neben der bisherigen dem Reichsrat gemachten Vorlage auch eine Zusammenstellung der Beschlüsse dieses Hauses dem Ermächtigungsausschuß unterbreiten werde mit der Erklärung, daß ich mich soweit als möglich, an die Beschlüsse halten werde, die vom Ausschuß bereits gefaßt wurden. Mit Rücksicht auf die politische Lage glaube ich nicht, daß es möglich ist, in Bälde im Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Vorlage zu erledigen. Nach dem Ermächtigungsgesetz kann die Regierung alle Maßnahmen treffen, die sie im Hinblick auf die Not des Volkes und des Reiches für erforderlich und dringend erachtet.

× Pressefreiheit und Ausnahmezustand.

Eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes der deutschen Presse beschäftigte sich mit den Zeitungsverboten der letzten Zeit und nahm folgende Entschließung an:

„Die Ausübung des Ausnahmezustandes hat zu einer Einschränkung der Pressefreiheit geführt, die von den Vertretern der Presse ebenso wie von der breiten Oeffentlichkeit ohne Unterschied der Parteistellung als unerträglich und politisch schädlich empfunden wird. Der Bezirksverband hält Zeitungsverbote und Nachrichtenzensur grundsätzlich für unzulässig. Solange jedoch der Ausnahmezustand besteht, muß er fordern, daß ein Zeitungsverbot nur dann erfolgt, wenn in der betreffenden Zeitung zu Gewalttätigkeiten gegen Einzelne oder den Staat aufgefordert oder zu solchen Gewalttätigkeiten Beihilfe oder Billigung in Ausicht gestellt wird. Die sachliche Kritik darf nicht eingeengt werden. Jedes Verbot ist zu befristen. Das Verbot einer Zeitung setzt eine vorherige Verwarnung voraus."

Die Arbeiten der Sachverständigen.

Der Unterausschuß für das Budget arbeitete gestern wiederum mit Staatssekretär Fischer und Generaldirektor Puviez. Es wurde hierbei eine eingehende Prüfung des Voranschlags der deutschen Einnahmen vorgenommen. Ueber die Tätigkeit des Unterausschusses in der Währungsfrage wurde keine Mitteilung gemacht. In den Abendstunden trat der gesamte erste Ausschuß zu einer Vollsitzung zusammen, in deren Verlauf Berichte der Sachverständigen Acworth und Le Verve entgegengenommen wurden. Ueber die heutigen Arbeiten des zweiten Ausschusses wurde ebenfalls keine Veröffentlichung ausgegeben. Die Mitglieder des zweiten Ausschusses werden voraussichtlich am Freitag Berlin verlassen. Man rechnet innerhalb dieses Ausschusses mit dem Eingang der Ergebnisse einiger noch ausstehender Unterfuchungen, um demnächst die Sitzungen in Paris wieder aufnehmen zu können.

WTB Berlin, 6. Febr. Wie die Blätter mitteilen, hat der Ausschuß Dawes heute seine Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister fortgesetzt, während der Ausschuß Mac Kenna interne Besprechungen abhielt. Die Meldung des Echo de Paris, wonach ein **französisches Goldnotenbankprojekt angenommen sei, ist nicht richtig,** es trifft nur zu, daß ein solches Projekt deutscher Prüfung und der Diskussion unterliegt.

Zur Gründung der deutschen Goldnotenbank.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 6. Febr.

Der Berliner Berichterstatter des Echo de Paris glaubt aus guter Quelle mitteilen zu können, daß der Plan Carmentieres zur Gründung einer deutschen Goldnotenbank von den Sachverständigen angenommen worden sei. Es sei wahrscheinlich, daß ihn auch die deutsche Regierung annehmen werde.

Die Sachverständigen in der Notstandsküche.

Der Vorsitzende des ersten Sachverständigenausschusses General Dawes und das Mitglied des zweiten Sachverständigenkomitees Robinson statteten gestern nachmittag in Begleitung anderer amerikanischer Mitglieder der Sachverständigenausschüsse **die Notstandsküche des Hausfrauenvereins Berlin-Steglitz einen Besuch ab.**

Die dritte Steuernotverordnung.

Die dritte Steuernotverordnung wurde gestern von den zuständigen Reichsratsausschüssen beraten. Es wird angenommen, daß am Donnerstag der 15er-Ausschuß des Reichstages sich mit dem Entwurf beschäftigen wird. Ueber den Entwurf fand außerdem eine interfraktionelle Besprechung statt.

Der Reichsrat und die 3. Steuernotverordnung.

WTB Berlin, 7. Febr. Der Reichsrat beschäftigte sich heute in den Ausschüssen mit der dritten Steuernotverordnung, insbesondere mit der Frage der Hypothekenaufwertung. Abänderungsanträge einzelner Mitglieder, die teilweise eine grundlegende Aenderung dieser Frage enthielten, wurden abgelehnt und der 10prozentigen Hypothekenaufwertung zugestimmt.

Aus den Reichstagsausschüssen.

Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Der Reichsausschuß des Reichstages setzte am Donnerstag in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Luther die Beratung der 3. Steuernotverordnung fort. Der 15ner Ausschuß des Reichstages der die Steuernotverordnung im Anschluß an die Erörterungen im Reichsrat beraten soll, ist auf 4 Uhr nachmittags einberufen.

Niederländische Hülfe für Deutschland.

WTB Hannover, 7. Febr. Der **Amsterdamer Unterausschuß des niederländischen Roten Kreuzes** hat in Hannover, wo bereits eine niederländische Hilfsorganisation tätig ist, in **verschiedenen Schulen Kinderküchen** errichtet. **Sechs Monate lang** werden täglich **1500 Kindern ein warmes Mittagmahl** gegeben.

Der ewige Kampf.

9) Roman von Karlfriedrich Baberadt.

Die Dorfstraße belebte sich wieder. Die Kirchenbesucher strömten auf die Straße, und die daheim geblieben waren, traten vor ihre Häuser, um Bekannte zu begrüßen. Die Mädchen im schwarzen Feiertagskleid mit dem altüberlieferten gebauschten Häubchen und dem Haar bildeten lange Reihen über die ganze Breite der Dorfstraße. Hinter ihnen gingen die jungen Burschen, einzeln und in Paaren und neckten sich mit ihnen. Weit hinter dem Hauptschwarm kamen Heinz Potter und die Lene langsam daher. Boersma, der sie vom Fenster der Gaststube aus zuerst bemerkt hatte, rief Jan neben sich und wies ihm stumm, aber mit einem breiten Lächeln das Paar. Jan stieß einen Fluch aus. Alle Angst um den Besitz des Mädchens, die er eben noch beschwichtigt glaubte, wachte wieder in ihm auf und ließ sein Herz ihm bis in den Hals schlagen.

Boersma legte ihm die Hand auf die Schulter. „Siehst du, Jan Gilles, das ist die Gefahr: er wird uns alle aus dem Gleise werfen. Er wird uns zuletzt noch aus der Heimat vertreiben, denn wenn über das alte Lossum ein Fremder herrscht — ich meine, wenn der Amerikaner nach meinem Tod vielleicht einmal Ortsvorsteher hier wird — wollt ihr ihm gehorchen? Wollt ihr euch verkaufen lassen? Sollen unsere Väter und unsere guten altüberlieferten Sitten verlacht und vergessen werden? Es ist Verrat an unserer Heimat, sag ich dir, Jan Gilles, wenn wir nicht zusammenhalten, wir alten Lossumer. Laß dir die Lene nicht verderben, sag ich dir. Sie muß sich zu dir bekennen. Sie ist ja auch eine Lossumerin, sie darf die Heimat nicht verkaufen." Jan Gilles verstand von allem nur das eine, daß er seine Braut an den Amerikaner verlieren und daß er die Heimat nicht verraten sollte. Aber als Boersma antworten wollte, hatte dieser schon die Gaststube stillschweigend verlassen. Das Saatkorn, das wußte der schlaue Ortsvorsteher, war nicht umsonst ausgestreut worden. . .

Noch nie war Meister Boersma so befriedigt von einem Sonntagsfrühschoppen nach Hause gekommen wie heute. Wie ein Blitzstrahl hatte ihn plötzlich die Erkenntnis durchzuckt, daß der ganze bisherige Kampf gegen den Amerikaner ebenso nutzlos wie töricht gewesen sei, denn wenn auch der Haß das alle bindende Mittel bildete, so fehlte ihm die treibende Kraft, die den Haß nutzbar zu machen verstand. Und wie jedes leidenschaftliche Gefühl, so mußte sich auch der Haß gegen Potter mit der Zeit abschwächen, ganz von selbst würde er stumpf werden. Nein, mit dem Haß allein war nichts anzufangen, das sah Boersma ein. Den fortwährenden Aufstieg Potters konnte man damit nicht hindern. Man mußte den Leuten etwas anderes zeigen, wofür sie kämpften. Man mußte ihnen erklären, warum sie haßten, man mußte ihnen sagen: euer Haß entspringt der Liebe zur Heimat Ihr wollt nicht, daß eurer Väter Scholle in fremde Hände übergeht, ihr wollt keinen über euch haben, der nicht einer der euren ist. Ihr wollt nicht Verrat an eurer Heimat üben!

Immer und immer wieder sagte Boersma diesen Satz vor sich hin, zärtlich, wie eine Liebkosung, und stolz, wie einen Herrscherbefehl: Ihr wollt nicht Verrat an eurer Heimat üben! Und je mehr er sich diese geheimnisvolle Zauberformel vorsprach, desto fester wurde sein Glaube an ihre Wirkung. Er wußte, wie stark und zäh er in dem Boden wurzelte, dem er entsproß, aber er wußte auch, daß er jetzt das rechte Wort gefunden hatte, um die schwerfälligen und ewig mißtrauischen Menschen sich gefügig zu machen.

Der Streit um die Staugerechtsame war von der Regierung auf Grund alter Besitztitel und von Rechts wegen zu Gunsten des Bruckschenhöfers entschieden worden. Boersma, der von der Gerechtsamen viel für sich gehofft und schon umfassende Maßnahmen dafür in seinem Geschäft getroffen hatte, sah sich plötzlich vor einem fehlgeschlagenen Unternehmen stehen und hatte aus seinem voreiligen Handeln erhebliche Verluste zu erleiden. Er hatte gegen den Spruch der Regierung zwar Berufung erhoben, war damit aber abgewiesen worden und mußte jetzt mit verbissener Wut zusehen, wie auf dem Bruckschenhof die Pläne des Amerikaners ausgeführt wurden, die auf eine rationelle Bewässerung der trockenen und hochliegenden Wiesen des benachbarten Tochterhofes hinzielten.

Gerd Bruckschen ließ seinem Pächter vollkommen freie Hand. Alles, was Potter bis jetzt neu eingeführt oder angelegt hatte, war zum Guten ausgeschlagen. Der Tochterhof, der unter den früheren Pächtern nur einen geringen Wert besessen hatte, steigerte seine Erträgnisse innerhalb eines Jahres schon ganz bedeutend, und auch auf dem Bruckschenhof selbst hatte der Amerikaner mit seinen Neuerungen immer eine glückliche Hand bewiesen. Es war also eine ganz natürliche Folge, daß Bruckschen ein begeisterter Lobredner des Neuen wurde, daß er den Fortschritt und das „Amerikanertum", wie er es nannte, überall laut pries und gern die ganze Entwicklung Lossums darauf eingestellt hätte.

Diese Wandlung des alten Gutsbesitzers, der bisher einer derjenigen war, die gern am zähesten am Alten hingen, sprach sich bald in Lossum herum. Aus fernen Teilen des Kreises kamen Landwirte, die ähnlich dachten wie Gerd Bruckschen, herbei und besahen sich die Neuerungen, und jeder war mit dem Ergebnis auch der kritischen Prüfung zufrieden und trug den Ruhm des Bruckschenhofes weit hinein ins niederrheinische Land.

Auch in der Stadt wurde man darauf aufmerksam. Allerdings interessierte man sich hier weniger für die Neuerungen, die für aufgeklärte und erfahrene Leute eigentlich gar keine mehr waren, als für die Gesinnung des Bruckschenhofers, der plötzlich eine so tüchtige Bresche in den Wall altüberlieferter Vorurteile und Abgeschlossenheit geschlagen hatte, und man hielt endlich die Zeit für gekommen, auch in Lossum den Versuch machen zu können, der in anderen Gegenden des Kreises so staunenswerte Erfolge gebracht hatte: den Versuch, nach Kohle zu bohren. Und just auf dem Besitztum Gerd Bruckschens wollte man den ersten Versuch wagen.

Eines Tages erschien ein junger Herr in Lossum, miete sich im „Krug" auf unbestimmte Zeit ein begann die Gegend zu durchstreifen, Bekanntschaften mit den Bauern zu schließen, ihre kleine Festlichkeiten aufzusuchen, und schien sich besonders für den Bruckschenhof und seine Bewohner zu interessieren. Bei dem Ortsvorsteher hatte er sich als Ingenieur Richard Steigerwald" angemeldet und gesagt, er sei beauftragt, in Lossum Vermessungen vorzunehmen. Dazu erbat er sich die Unterstützung des Vorstehers.

Nur widerwillig stellte ihm der Ortsvorsteher die gewünschten Leute, meistens eben der Schule entwachsene Knaben, die die Instrumente tragen sollten, zur Verfügung, denn er wußte zunächst nicht, was er mit dem Ingenieur anfangen sollte, aber als im Dorfe auf einmal das Gerücht umlief, daß die Vermessungen mit einer Bahnstrecke von Lossum nach der Kreisstadt zusammen hingen, beeilte sich Boersma, dem jungen Manne, soweit es in seinen Kräften stand, behilflich zu sein. Kein Mensch wußte freilich, wer das Gerücht aufgebracht hatte und Steigerwald war gegen alle Fragen undurchdringlich, jedoch man glaubte, wissend zu sein, und berechnete sich schon im stillen das gute Geschäft, das man mittelbar oder unmittelbar bei dem Bahnbau machen wollte. Außerdem bot Richard Steigerwald den Lossumern einen neuen willkommenen Unterhaltungsstoff, so daß man sich ruhig in Geduld fassen konnte, wie sich die Dinge wohl entwickeln würden.

Der junge Ingenieur schien es mit der Arbeit gar nicht so eilig zu haben. Wohl sah man ihn ein-, zweimal mit seinen rotweißen Vermessungsstäben und einem seltsamen Apparat draußen in den Feldern wirtschaften, wobei er sich eifrig Notizen machte, aber die meiste Zeit verbrachte er im Dorfe, wo er bald gut Freund mit allen Einwohnern wurde. Am Honoratiorentisch im „Krug" war er ein ständiger Gast, den man wegen seiner glänzenden Unterhaltungsgabe immer mehr schätzte.

(Fortsetzung folgt!)

Die preußische Gewerbesteuer.

WTB **Berlin**, 7. Febr. Der Hauptausschuß des preußischen Landtages beriet heute über die Verordnung zur **vorläufigen Regelung der Gewerbesteuer**. Die Anträge auf Besteuerung der Genossenschaften und Konsumvereine wurden mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt und mit derselben Mehrheit ein Antrag der Sozialdemokraten und eines Teiles des Zentrums auf **Steuerfreiheit der eingetragenen Genossenschaften angenommen**, welche sich bei Kredithergabe und beim Vertrieb von Wirtschaftsbedürfnissen sich auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken und ferner nur solche Produkte verkaufen, die von Mitgliedern erzeugt sind.

Die amtliche Förderung der Jugendpflege.

Vor kurzem ging durch die Presse die Mitteilung, daß das preußische Staatsministerium darauf hingewiesen habe, für die Jugendpflege geeignete Einrichtungen, wie Turnhallen, zur Verfügung zu stellen. Inzwischen haben die Reichsministerien ihren Geschäftsbereich, dieselbe Anordnung getroffen, sodaß auch die geeigneten Einrichtungen des Reichs den Jugendverbänden und örtliche Jugendorganisationen soweit wie möglich zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit der Jugend die Förderung der Jugendpflege besonders dringend erscheinen läßt, hat der Reichsminister des Innern auch den Landesregierungen die gleiche Anordnung übermittelt, geeignete Einrichtungen für den gleichen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Pläne, aber kein Geld.

Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Der Hauptausschuß des preußischen Landtags erörterte heute Anträge zur **Erwerbslosenfrage**. In der Debatte erklärte Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, **Pläne für eine Melioration längen jetzt in großer Zahl vor, es fehle aber** zur Ausführung **an den nötigen Mitteln**. Es sei beabsichtigt, die Arbeiter aus dem Ruhrgebiet und die aus der Landwirtschaft stammen und beschäftigungslos sind, wieder in das unbesetzte Deutschland zurückzubringen.

Einberufung des Reichseisenbahnrates.

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 7. Febr. (Drahtnachricht.)

Der Reichsverkehrsminister hat den **ständigen Ausschuß des Reichseisenbahnrates zu einer Sitzung auf Mittwoch, den 20. 2.** im großen Sitzungssaal des Personenbahnhofs Potsdam in **Berlin berufen**. Zur Beratung stehen die Fragen der Reichsbahn über die **Ermäßigung der Gütertarife, Erhöhung der Personentarife und Mitteilungen über Ein- und Ausfuhrtarife**.

Die Reparationslieferungen an Brennstoffen.

WTB **Essen**, 8. Febr.

Die Lieferungen von Brennstoffen nach Frankreich und Luxemburg betrugen in der Zeit vom 11. bis 26. 1. 24:

Kohlen 102400 To., Koks 115500 To., Braunkohlenbriketts 3150 To., zusammen 249700 To. Brennstoffe in der zweiten Dekade des Januar, während in der ersten Dekade des Januar 209100 To. geliefert wurden.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 8. Febr.

Kommunalwahlen nach parteipolitischen Grundsätzen.

Im Mai dieses Jahres finden in Preußen die Kommunalwahlen statt. Bei der Besprechung dieses Punktes auf der letzten Kreistagung der Zentrumspartei des Kreises Olpe in Finnentrop wurde eingehend darüber gesprochen. Volle Einmütigkeit herrschte darüber, daß die Kommunalwahlen unbedingt nach parteipolitischen Grundsätzen von Zentrumsseite aus behandelt werden müssen. Einstimmig gab die Versammlung ihre Zustimmung zu folgenden schon am 30. November 1921 in einer Kreissitzung der Zentrumspartei gefaßten

Entschließung:

„Das Kreiskomitee der Zentrumspartei des Kreises Olpe empfiehlt dringend die Tätigung der Kommunalwahlen nach streng parteipolitischen Grundsätzen.

Die aufgestellten Kandidaten sind zu verpflichten, sich in Fraktionen, im Anschluß an die kommunalpolitische Vereinigung zusammen zu schließen.

Das Kreiskomitee zur Pflicht den Stadtverordneten und Gemeindevertretern, die sich zur Zentrumspartei bekennen, den sofortigen Zusammenschluß zu Fraktionen. Sie betrachtet diesen Zusammenschluß als das unentbehrliche Mittel, um die Grundsätze der Zentrumspartei auf kommunalem Gebiete im Interesse des Gemeinwohls nachdrücklich und erfolgreich zu vertreten und den Ausgleich der Standesinteressen innerhalb der Partei bezw. des Kreises ihrer gewählten Vertreter zu erleichtern und zu fordern.

Den Kommunalvertretern des Kreises wird der Zusammenschluß zu einer Kreisvereinigung; und dieser der Anschluß an die Gesamtvereinigung der Stadtverordneten und Landgemeindevertreter der Zentrumspartei, die Kommunalpolitische Vereinigung, zur Pflicht gemacht.

An die Ortsausschußvorsitzenden der Zentrumspartei richtet das Kreiskomitee die dringende Bitte, im Sinne vorstehender Entschließung die Förderung und Durchführung der Organisation auf kommunalpolitischem Gebiete sich besonders angelegen sein zu lassen."

Die Tätigkeit der Zentrumspartei des Kreises Olpe war in dem letzten Jahre nach dem auf der Kreistagung in Olpe von dem Vorsitzenden der Kreispartei, Rektor Lingemann auf der Kreistagung in Finnentrop erstatteten Bericht eine recht lebhafte. Eine Reihe von sehr gut besuchten Versammlungen fanden statt, in denen neben Herren aus dem Kreise auch eine Reihe von Abgeordneten, öfters auch der im hiesigen Kreise ansässige Abgeordnete **Schmelzer** über die Fragen der Innen- und Außenpolitik sprachen. Besonders verdient um die Partei hat sich, wie bei der Besprechung aus der Versammlung heraus rühmend hervorgehoben wurde, der Vorsitzende der Kreispartei Rektor **Lingemann** gemacht, der in selbstloser Weise der Parteiarbeit all seine Kräfte und seine freie Zeit geopfert hat. Die Kreistagung sprach ihm dafür ihren herzlichsten Dank und ihre lobende Anerkennung aus.

—!— **Der Parteibeitrag für die Zentrumspartei** wurde auf der Kreistagung der Zentrumspartei des Kreises Olpe auf 25 Goldpfennige vierteljährlich pro abgegebene Stimme für den ganzen Kreis festgesetzt. Da ein großer Teil der Parteimitglieder aber infolge der schwierigen Verhältnisse, Arbeitslosigkeit u. s. w. diesen Beitrag nicht gut zahlen kann, werden die wohlhabenderen Mitglieder es wohl als Ehrenpflicht ansehen, über diesen Mindestbeitrag heraus der Partei ihr Scherflein zukommen zu lassen. **Der Parteibeitrag für das erste Vierteljahr ist sofort fällig.**

!! **Gewinne der Paderborner Dombaulotterie.** Die Gewinne der bis jetzt abgegebenen Lose der Paderborner Dombaulotterie sind von Paderborn eingetroffen und können bei Frl. Malkowski abgeholt werden.

)!(**Neues Zugpaar Olpe—Köln.** Nach längeren Verhandlungen zwischen der Reichsbahndirektion und den beteiligten Gemeindeverwaltungen konnte eine Verbesserung des Personenzugverkehrs auf der Strecke Köln—Olpe durch Einlegung eines weiteren Zugpaares erreicht werden. Es fahren wieder die Züge Nr. 1196, vorm. 6,44 Uhr ab Olpe und Nr. 1197, nachmittags 7,31 ab Köln Deutz. Wie die Reichsbahndirektion ausdrücklich betont, sollen die beiden Züge wieder eingezogen werden, wenn deren Wirtschaftlichkeit sich durch ausreichende Benutzung nicht erweisen sollte. Es liegt daher im allseitigen Interesse, wenn gerade diese Züge besonders stark benutzt werden.

„" **Hagener Schauspielhaus.** Morgen gelangt eine neue Operette, „Katje, die Tänzerin", zur Aufführung. Die Musik zu dem gut gefaßten Dialog hat Jean Gilbert geschrieben, der mit Recht unter den Operettenkomponisten als einer der Allergeschicktesten gilt. Seine Musik hat in Klang, Rhythmus und in der Melodik sehr viel Bestrickendes. Seine Operette, die schneli ihren Weg gemacht hat, wird auch hier ein beifallsfreudiges Publikum finden.

)!(**Der neue Reisegepäcktarif auf der Reichsbahn.** Gleichzeitig mit der Ermäßigung der Gütertarife um 8 Prozent sind auch die Beförderungssätze für Reisegepäck und Expreßgut geändert worden; bisher war auch für Reisegepäck ein Kilometereinheitssatz (wie bei den Fahrpreisen im Personenverkehr) gültig; nach der neuen Berechnungsart wird der Reisegepäcktarif wieder nach Zonen berechnet. Die Mindestfracht beträgt 0,20 Mark, das Mindestgewicht 10 Kilogramm. Vom 1. Februar ab kosten 10 Kilogramm auf eine Entfernung von 1—16 Kilometer 0,20 Mark auf 17—35 Kilometer 0,30 Mark, 36—53 Kilometer 0,40 Mark und immer je 18 Klm. 0,10 Mark mehr bis 108 Klm.; dann beträgt der Entfernungssprung je 20 Klm. bis 188 Klm., so das 180 Klm. 1,10 M. kosten; die Sprünge werden mit wachsender Entfernung größer, und der letzte Sprung beträgt 45 Klm.; so kosten 278—300 Klm. 1,50 M., 379—403 Klm. 2,00 M., 495—530 Klm. 2,40 M., 565—601 Klm. 2,60 M., 693 bis 749 Klm. 2,90 M. und 1605—1750 Klm. 3,60 M. — Diese Entfernungssätze werden mit dem Gewicht des Gepäckstückes vervielfacht und ergeben dann die Reisegepäckfracht. — Nach einem ähnlichen Staffeltarif werden vom gleichen Tag ab die Expreßgutfrachten berechnet, jedoch beträgt die Mindestfracht 40 Pfg., das Mindestgewicht 5 Klg.

Aus dem Olper Stadtparlament.

Die Stadt Olpe schuldenfrei. — Die neuen Steuerhöhungen.

Die Unterbringung der Schupo.

Olpe, 8. Febr.

Gestern Abend 6 Uhr fand unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Sommerhoff eine gut besuchte Stadtverordnetenversammlung statt, die sich bis gegen 9 Uhr hinzog. Das meiste Interesse erregte die Debatte über **die Unterbringung der Schupo** in unserer Stadt. In ihr kam die starke Erregung deutlich zum Ausdruck, die weite Kreise der Bevölkerung ergriffen hat, daß die Räumung der höheren Stadtschule dadurch bedingt ist und dadurch die schon lange reformbedürftigen Raumverhältnisse für die Schulkinder noch schlechter würden. Dies ist, so zeigte die gestrige Debatte, ganz klipp und der Grund der Erregung gewesen. Abneigung und Feindschaft gegen die Schupo bestehen nicht und waren auch nicht die Gründe, die diese Erregung hervorgerufen haben. Ebensowenig ist di. Schupo von irgend welchen Interessentenkreisen nach hier gerufen, sondern von höherer Stelle ist die Unterbringung der Schupo, ohne daß hiesige Kreise darauf von Einfluß gewesen sind, erfolgt. Wir betonen dies, weil auch durch Gerüchte dieser Art die Bevölkerung unserer Stadt aufgeregt worden ist. Wenn man die ins einzelne gehenden Darlegungen über die bisherigen Verhandlungen verfolgte, welche die gestrige Sitzung ergab, dann muß man der wiederholten Feststellung der Redner beipflichten, daß gelinde gesagt, durch nicht taktvolles Behandeln dieser Angelegenheit und es dürfte wohl nicht zuviel gesagt sein, durch Eigenmächtigkeiten von mittleren Zwischeninstanzen die hier in Olpe herrschende Aufregung zum großen Teil mitverursacht ist. Die Reise des Rektors Wenske nach Münster und seine Verhandlungen im Oberpräsidium haben in vieler Beziehung darüber Klarheit geschaffen und werden auch manche Beruhigung in die durch diese Angelegenheit aufgeregte Bürgerschaft bringen. Jetzt wird noch einmal von den betreffenden Stellen aus in eine Nachprüfung darüber eingetreten werden, ob sich nicht anderswo, z. B. in Förde oder Attendorn Gelegenheit zur Unterbringung der Schupo bietet, oder ob die Schupo nicht in anderen Räumen untergebracht werden kann. Die Stadt wird noch einmal in einem Protestschreiben nach Münster auf all diese Schwierigkeiten hinweisen. Neben dieser Debatte brachte die gestrige Sitzung, wieder ein kleines **Steuerbouquet**, das sich aber in mäßigen Grenzen hielt im allgemeinen nur eine Anpassung von längst durch die Geldentwertung überholten Sätzen darstellt.

Recht erfreulich war die Mitteilung, daß die Stadt schuldenfrei ist und durch das Inflationsjahr 1923 mit gesunden Finanzen hindurchgekommen ist.

Eine Reihe von **Grundstücksverkäufen**, mit der Klausel, der Inangriffnahme von Neubauten im Mai auf diesen Grundstücken läßt auf ein Aufblühen der privaten Bautätigkeit hoffen. Den Nutzen davon wird die Allgemeinheit haben, da diese Bauten der herrschenden Wohnungskalamität sehr zu Gute kommen. Daneben wurden eine Reihe kleiner Vorlagen erledigt.

Die Sitzung.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung trat man in die Tagesordnung ein.

Abänderung der Hundesteuer.

Die Stadtverwaltung schlägt vor eine Neuregelung der Hundesteuer ab 1. April, wonach der 1. Hund 8 Goldmark, der 2. Hund 16 Goldmark Hundesteuer. Dazu kommt noch die Hundesteuer des Kreises, die für den ersten Hund 6 Goldmark, für den 2. Hund 12 Goldmark beträgt. Die Hunde zu Militär- und Polizeizwecken bleiben frei; ebenso die Führerhunde für Blinde. Die Versammlung stimmte dem zu.

Die Vergnügungssteuer

muß infolge der Geldentwertung erhöht werden. Die Versammlung stimmte der Erhöhung dieser Vergnügungssteuer auf das 10fache der bisherigen Sätze zu.

Die Zuschüsse zu den Bekleidungsstücken der Polizeibeamten

werden nach einer Vereinbarung der Gemeinden des Kreises wiederruflich auf 135 bis 95 Mark, prozentual nach der Höhe ihres Gehaltes festgesetzt.

Zum Zwecke der Nachprüfung der Grundsteuer auf Aufforderung des Katasteramtes werden **Franz Schmelzer und Heinrich Hengstebeck** gewählt.

Aufbringung des Steuerfehlbetrages für das Etatsjahr 1923.

Infolge der rapiden Geldentwertung war ein Plan des Haushaltes nicht aufzubringen. Eine Zusammenstellung der bisherigen sowie der zu erwartenden Ausgaben sowie Einnahmen ergibt einen **Fehlbetrag von 7130 Goldmark**. Die Verwaltung schlägt vor den **Zuschlag zur Grundvermögenssteuer für die Monate Februar und März zu verdoppeln**, was 3000 Goldmark aufbringen würde. Den Rest des Fehlbetrages wird das Elektrizitätswerk aufbringen. Eine erfreuliche Tatsache konnte der Bürgermeister feststellen, daß die **Stadt jetzt schuldenfrei ist**, während vor dem Kriege beträchtliche Goldschulden bestanden. Auch alle Betriebswerke der Stadt sind frei von Lasten. Ebenso wird die **Gewerbesteuer** in diesem laufenden Vierteljahr nach dem Multiplikator des Innenministeriums erhoben werden.

Grundstücksverkäufe der Stadt

Dem Antrag des Braumeisters Karl Immekus betreffend, wurde beschlossen, den hinter den Häuser Bieker-Schmücker eingezogenen öffentlichen Weg an Immekus soweit er an seinem Grundstücke liegt, unentgeltlich abzugeben unter der Bedingung, daß D. an seinem Baugrundstücke an der Josephsstraße auf seine Kosten eine Stützungsmauer errichtet, die zum Ausbau diese Straße notwendig ist.

Einem Antrage des Stadtbaumeister Lochner auf käufliche Ueberlassung des dem hiesigen Spezialkommissionsgebäude an der Westfälischen Straße gegenüber liegenden städtischen Garten zum Zwecke der Bebauung wurde entsprochen unter der Bedingung, daß mit dem Bau eines Wohnhauses spätestens bis zum 1. Mai d. Js. begonnen und das Gebäude spätestens innerhalb Jahresfrist fertiggestellt wird. Der Preis wurde auf 75 G.-M. die Quadrat-Ruthe festgesetzt.

Ferner wurde ein Antrag des Maurer Wilh. Willmes auf Ueberlassung eines Bauplatzes hinter dem Feuerwehrplatze an der Bruchstraße unter den gleichen Bedingungen entsprochen. Der Preis für dieses Baugrundstück wurde auf 60 G.-M. für die Quadrat-Ruthe festgesetzt. Die Versammlung erklärte sich sodann mit der Aufteilung des städtischen Grundstückes südöstlich der. Sandstraße entsprechend dem Vorschlage der Grundstückskommission einverstanden unter der Bedingung, daß ein schmaler Streifen im Eigentum der Stadt als Weg zum Olpebach verbleibt. Der Bürgermeister teilte mit, das der Kreisausschuß den Bau eines Doppelhauses auf dem städtischen Grundstück am Gallenberg vorbehaltlich der Genehmigung des Kreistages zugestimmt habe. Die Versammlung beschloß den Preis eines Geländes in einer Frontlänge von 25 Meter zum Preise von 30 G.-M. die Quadrat-Ruthe bis zum 1. April d. Js. an die Hand zu geben. Voraussetzung für die Abgabe auf dieses Gebäudes ist, daß mit dem Bau spätestens am 1. Mai d. Js. begonnen und das Gebäude innerhalb Jahresfrist fertiggestellt wird. Alsdann wurde noch eine Anzahl Anträge auf Ueberlassung von Baugeländes in der Kortemicke unter den hierfür früher festgelegten Bedingungen entsprochen. Gleichzeitig wurde für eine Anzahl **Baulustiger** die Uebernahme der Bürgschaft für Darlehen zum Wohnungsbau beschlossen.

Unterbringung der Schutzpolizei.

Eine von Witten ausgewiesene Schutzpolizeiabteilung soll in der hiesigen höheren Stadtschule untergebracht werden. Die Klassen der Stadtschule sollen in der Volksschule untergebracht werden. Ersatz für diese Räume soll in dem Seminar untergebracht werden. Die Kuratorien der beiden Schulen haben hiergegen protestiert. Herr Rektor Wenske ist beim Oberpräsidenten vorstellig geworden, der eine Nachprüfung dieser Angelegenheit zusagte. Rektor **Wenske** referierte ausführlich über seine Besprechung mit dem Oberpräsidenten und den Referent Major **Strecker** und Reg. **Dankelmann**. Danach ist die Unterbringung der Schutzpolizei in Olpe nicht für längere Zeit geplant. Aus seinen weiteren Darlegungen ergab sich, daß von Seite der Zwischeninstanzen bei der Regelung der Angelegenheit manche Fehler vorgekommen sind. Man will nachprüfen, ob eine Unterbringung in Förde oder Attendorn möglich ist. In einer sich anschließenden regen Debatte kamen die von uns oben gekennzeichneten Gesichtspunkte zum Ausdruck. Es wurde beschlossen, in einem nach Münster gerichteten **Protestschreiben** nochmals die Gründe klarzulegen, welche gegen eine Verlegung der Schupo nach Olpe sprechen, wenn durch sie eine Verschlechterung der Schulverhältnisse durch Belegung der höheren Stadtschule entsteht. Hat dieses Schreiben und die Nachprüfung der Angelegenheit keinen Erfolg, so ermächtigt die Stadtverordnetenversammlung den Bürgermeister zum Abschluß eines Vertrages mit der Schupo.

Auf Anregung aus der Versammlung heraus wird der Bürgermeister Sorge dafür tragen, die **Erwerbslosen**, soweit, wie möglich, zu **produktiver Arbeit zu verwenden**. Nach geeigneten Projekten wird Umschau von der Verwaltung gehalten. Doch und darin stimmte auch die Versammlung dem Bürgermeister bei, dürfen Frechheiten, die sich bei den letzten Beschäftigungen Erwerbsloser ereigneten, besonders von Seiten Jugendlicher und die in Tätlichkeiten auszuarten drohten, nicht wieder vorkommen. Gegen solche Elemente wird man rücksichtslos einschreiten.

Dr. W.

Provinzielles.

Ein Raubüberfall auf die Straßenbahn.

Bochum, 7. Febr. (Drahtb.)

In der vergangenen Nacht haben **Räuber auf die Straßenbahn Bochum-Gerthe einen verwegenen Raubüberfall** unternommen. Die Räuber hatten an der Wegebiegung Gerthe—Hagen **die Weiche mit Steinen belegt**. Als der Wagenführer in Begleitung des Schaffners daran gingen, das Hindernis zu beseitigen, **drangen die Räuber** in der Dunkelheit plötzlich auf die beiden Beamten ein, **schossen sie nieder und beraubten die Kasse des Schaffners**. Darauf sind sie unerkannt entkommen. **Schaffner und Wagen führer sind schwer verletzt** ins Krankenhaus gebracht worden.

h **Düsseldorf**, 7. Febr. **Abschied** nahm gestern die Stadt Düsseldorf von ihrem ausgewiesenen **Oberbürgermeister Dr. Költgen** und von dem ebenfalls ausgewiesenen Bürgermeister **Schmid**. An der für diesen Abschied besonders einberufenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung sprach der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, der Beigeordnete Baurat **Gelsen**, zunächst über die Bemühungen für eine Zurücknahme dieser Ausweisungen. Die beiden Herren hätten sich davon überzeugt, daß weitere Schritte nutzlos seien, und daß sie sich bereit erklärten, auf ihre Rückkehr in ihre Aemter zu verzichten und diese der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung zu stellen. Im Auftrage der bürgerlichen Fraktionen erklärte der Zentrumsführer Landesrat Dr. **Adams**, alle Wünsche und Bitten hätten bei der Besetzungsbehörde kein Gehör gefunden. Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch ihren Sprecher erklären, sie halte die Versagung der Rückkehr der beiden leitenden Beamten der Stadt für unrichtig.

Soziales.

Der preußische Personalabbau.

WTB **Berlin**, 7. Febr. (Drahtb.) Der ständige Ausschuß des preußischen Landtags beriet über den Entwurf einer preußischen **Personalabbauverordnung**, insbesondere über die **Ausnahmebestimmung gegen die weiblichen Beamten**, die der Ausschuß bei dem 2. Entwurf beseitigt hatte, die aber die Regierung aber wieder hergestellt wurde. Auf Antrag der Deutschnationalen wurden die **Ausschußbeschlüsse aufrecht erhalten**.

Wiederaufnahme der Arbeit in der Düsseldorfer Metallindustrie.

h **Düsseldorf**, 7. Febr. (Drahtb.) In der überwiegenden Mehrheit der Werke der Düsseldorfer Metallindustrie, die Arbeit zu den Bedingungen des Berliner Arbeitsabkommens aufgenommen wurde, nur in 15 kleineren Betrieben wurde noch gestreikt. In der Maschinenfabrik Schieß war zwar die Belegschaft zur Arbeit erschienen, aber sie wurde vom Arbeiterrat zurückgewiesen.

Arbeitsaufnahme am Niederrhein.

Uerdingen, 6. Febr.

In fast allen Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die von der Arbeitgeberschaft gestellten Bedingungen sind von den Belegschaften vorerst anerkannt worden. Zunächst werden nur die notwendigsten Leute eingestellt, da für alle Arbeiter augenblicklich noch keine hinreichende Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist.

Ablehnung der Arbeitgeberangebote im bergischen Textil- und Metallarbeitergewerbe.

WTB **Barmen**, 6. Febr. Im Textilarbeiterstreik fand eine Abstimmung der Streikenden zu dem letzten Angebot der Arbeitgeber statt. An der Abstimmung beteiligten sich 31 736 Personen. Das Angebot der Arbeitgeber wurde mit 29 995 Stimmen abgelehnt. 1625 Arbeiter stimmten für die Annahme. Der Kampf geht also vorläufig weiter. — Die Metallarbeiter haben das Angebot der Arbeitgeber mit 7752 Stimmen abgelehnt. 219 Stimmen lauteten auf Ja. Es stehen nur noch einige Bezirke aus, die aber an dem Endergebnis nichts mehr ändern werden. Der Metallarbeiterstreik geht also ebenfalls weiter.

Der Saarbrücker Buchdruckerstreik beendet.

WTB **Saarbrücken**, 7. Febr. (Drahtb.)

Die Organisation der streikenden Buchdrucker hat mit geringer Mehrheit beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. 14 Tage lang ist keine Zeitung erschienen.

Schnee und Sport.

Winterberg, 8. Febr. (Drahtbericht.)

Schneehöhe ca. 80 Ctm., Witterung: andauernder Schneefall, Temperatur 2 Grad, Schibahn sehr gut, letzter Schnee am 6. 2., Rodelbahn sehr gut, Sonntag Bobrennen.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Unentbehrlich

für jeden Geschäftsmann

DOLLAR

und

GOLDMARK

Januar 1919 — Dezember 1923

— Preis 50 Pfennig —

Verlagsanstalt

F. X. Ruegenberg, Olpe.

Die Urkunden der Friedensverhandlungen zu Versailles

bringt der

III. (SCHLUSS-) BAND

Woodrow Wilson

Memoiren und Dokumente

Herausgegeben von R. St. Baker - In autorisierter Übersetzung von Curt Thesing

Mit einem Personen- und Sachregister zu Band 1 bis 3 und dreizehn Faksimiles. 498 Seiten, Quartformat

konnte zu keinem günstigeren Augenblick herauskommen, als in dem gegenwärtigen, in dem auch die Finanzlage Frankreichs deutlich zu einer Entscheidung in der Regelung der Reparationsforderungen drängt. Auf Grund der vorliegenden Dokumente kann als Gesamturteil über die monströse Friedenskonferenz die Ueberschrift gesetzt werden: Viel Zeit und Arbeitsaufwand (bei allen) viel ehrlicher Wille, viel Idealismus ohne realisierende staatsmännische Kraft (bei Wilson und seinen Mitarbeitern), viel Gewandheit und Betriebsamkeit (bei Lloyd George), ungemein folgerichtige politische Energie und beispiellose Gewissenlosigkeit bei den Franzosen. Die Urkunden gewähren einen tiefen Blick in die Psyche der Gewaltigen der Konferenz und ihrer Stäbe und geben gleichzeitig ein wahres Bild der öffentlichen Meinung der betreffenden Länder. Auch das deutsche Volk muss in seiner breiten Gesamtheit zu einer Erkenntnis der Mentalität der gegen uns verbündeten Mächte gelangen, um daraus die Möglichkeit einer folgerichtigen deutschen Aussenpolitik verstehen zu lernen. Das Versailler Diktat — Herr Barthou, Frankreichs Vertreter in dem Sachverständigenausschuss der Reparationskommission, verkündete es erst kürzlich wieder — ist die Magna charta des Poincarismus, die ihm jede Gewalttat gegen Deutschland erlaubt. Es ist gerade der Hauptwert dieser Dokumentenreihe, den Blick des deutschen Lesers auf das

Grundübel der politischen Situation der Gegenwart, das erpreßte deutsche Schuldbekenntnis

zu lenken. Für den Fachhistoriker, Fachpolitiker, den Volswirtschaftler und den auf diesen Gebieten Gebildeten überhaupt bedeutet der III. Band eine reiche Fundgrube des Verhandlungsmaterials der Pariser Friedenskonferenz, wie es sich so vollständig bis in die vertraulichsten Memoranden, Briefe und Sitzungsprotokolle nirgends sonst findet. Es bedarf kaum eines Hinweises, dass dieser Schlussband die schlechterdings unentbehrliche Ergänzung zum 1. und II. Band bildet, deren Gedankenaufbau aus dem entscheidendén Urkundenmaterial des III. Bandes erfolgte. Das nunmehr abgeschlossene Werk ist keinenfalls, wie manchmal angenommen wird, eine Rechtfertigungsschrift der Wilsonschen Politik, sondern

ein politisches Elementarbuch ersten Ranges für die junge deutsche Republik

Band III: Auf gutem, holzhaltigem Papier, geheftet	Goldmark 12,50	Band I und II: Auf gutem, holzhaltig. Papier, geheftet je	Goldmark 12,50
Band III: Auf gutem, holzhaltigem Papier, in Halbleinen gebunden	Goldmark 15,—	Band I und II: Auf gutem, holzhaltigem Papier, in Halbleinen gebunden je	Goldmark 15,--
Band III: Auf holzfreiem Papier, geheftet	Goldmark 14,50	Band I und II: Auf holzfreiem Papier, geheftet je	Goldmark 14,50
Band III: Auf holzfreiem Papier, in Halbleinen gebunden	Goldmark 17,—	Band I und II: Auf holzfreiem Papier, in Halbleinen gebunden je	Goldmark 17,—

Zu beziehen durch die

Ruegenberg'sche Buchhandlung, Olpe.

Die Geburt eines gesunden

Knaben

zeigen hocherfreut an

Olpe, den 6. Februar 1924 (†360

Franz Maiworm und Frau

Lisa geb. Sondermann

Platina, Gold u. Silber.

Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zum höchsten Tageskurs

Otto Scherer, Attendorn,

752) Wasserstr. 10.

Ruhrkohlen

von den ersten Zechen des Ruhrgebiets liefert prompt zu Syndikatpreisen

Visser & van Dorrnum

Düsseldorf.

Vertreter: Oskar Sondermann, Gummersbach.

(†47) Schliessfach 28,

Telefon 516 Amt Gummersbach.

Kohlen und Koks

in vorzüglichen Beschaffenheiten (hohe Heizwerte) aus eigenen Zechenbetrieben (Concordia, Oberhausen, Abt. der Rombacher Hüttenwerke) liefert

Firma Carl Spaeter, Coblenz.

Anfragen an Vertretung:

Karl Weber, Siegen,

Koblenzer-Strasse 12 w106

Fernsprecher 60 und 1906

Drahtanschrift: Eisenweber

Künstliche Haararbeiten

wie Uhrketten, Broschen, Blumen, Flechten ꝛc. erhält man in bester Ausführung bei

Gebr. Clemens, Olpe, Martinstraße 18.



In jeder Auswahl zu billigen Preisen.

Gebr. Cordes,

Elektrotechnisches Geschäft,

Altenhundem.

Telefon 81 Kirchhundem.

Kaufe laufend

Grubenhölzer

aller Dimensionen oder dazu passende

Waldbestände.

Hub. Reuter

Lichtringhausen-Attendorn.

(t95) — Fernruf 181 —

Zentrifugen,

Buttermaschinen,

und alle

landw. Maschinen

w 37 empfiehlt

Heinrich Clemens, Olpe i. Westf.

Winterberbergstr. 4 Tel. 272

---

la Confitüren und Gelee in Gläsern,

ferner:

Apfelmus, Erdbeeren, Mirabellen, Junge Pfifferlinge; Gemüsekonserven,

wie:

Schnittbohnen, Brechbohnen, jg. Erbsen etc

empfiehlt billigst (†366)

Joseph Stahl,

Olpe i. W., Fernruf 304.

Herren-Stärke-Wäsche

zu bügeln nimmt entgegen (†361

K. Hengstebeck, Olpe, Winterbergerstraße 64.

Landwirte!

Maschinen und Geräte sind zu Friedenspreisen wieder lieferbar, grösstenteils ab Lager.

Anton Offermann & Sohn,

Gummersbach, Mühlenstr. 20, Fernspr. 242.

Ein Inserat im SV hat stets Erfolg.

Prima Rindfleisch,

hiesige Schlachtung,

per Pfd 0 65 Pfg

Josef Neuhaus,

Olpe

Telephon 46. (†363

Kautschukstempel und Emailleschilder

liefern schnell u. billigst

Gebr. Clemens

Olpe, Martinstr. 18.

Mädchen

und jugendliche

Arbeiter

für leichte Fabrikarbeit in dauernde Beschäftigung gesucht. (†344

Th. Scheuum

Metallwarenfabrik,

Kraghammer.

Frisch eingetroffen:

Harzer Käschen

Limburger Käse

la holl. Käse

Joseph Stahl, Olpe i. W.

(†366) Fernruf 304.



In jedem Fall

Die beste Schuhcreme ist Erdal.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

ALTENHUNDEM.

Wir machen auf unser neu eingerichtetes, reichhaltiges

Lager in Porzellan und Glaswaren

aufmerksam und bringen gleichzeitig unser altbekanntes

Putz-Geschäft

für die kommende Saison in empfehlende Erinnerung.

Für die jetzige Uebergangszeit bieten wir eine schöne Auswahl

in Leder- und Gummi-Hüten.

GESCHW. SCHULTE, Altenhundem,

Lennestraße 13, neben der Apotheke. (†362

Fettes Schwein

zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsst. ds. Bls. (†364

Dünger, Häckselmaschine und einen fast neuen **Kuhwagen**

zu verkaufen. (†352

August Hähner,

Olpe, Bruchstraße 12.

Maßschäfte

werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.

Heinr. Reperich,

Schäftemacherei,

Olpe, Winterbergstr. 53.

Linoleum-

Teppiche

Vorlagen

Läufer

Cocosläufer

Fussmatten

A. Zimmermann,

Olpe b. Landratsamt.

Tel. 290.